Stand: 13.11.2026 18:50:18

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11097

"Frauen schützen und Leben retten: das Gewalthilfegesetz in Bayern rechtzeitig umsetzen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11097 vom 18.03.2026
2. Plenarprotokoll Nr. 72 vom 19.03.2026
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11747 des SO vom 26.03.2026
4. Beschluss des Plenums 19/11886 vom 06.05.2026
5. Plenarprotokoll Nr. 79 vom 06.05.2026

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 18.03.2026 **Drucksache** 19/**11097**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Verena Osgyan, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Frauen schützen und Leben retten: das Gewalthilfegesetz in Bayern rechtzeitig umsetzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Entwurf des Landesausführungsgesetzes zur Umsetzung des Gesetzes zur Sicherung des Zugangs zu Schutz und Beratung bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt (Gewalthilfegesetz – GewHG) unverzüglich, spätestens jedoch bis zum 17. Juni 2026 dem Landtag vorzulegen. Ziel soll es sein, den Gesetzgebungsprozess zu beschleunigen, um dringend erforderliche rechtliche Grundlagen für den Erhalt sowie Ausbau des Gewaltschutzsystems in Bayern zu schaffen.

Begründung:

Die im Februar 2026 veröffentlichte Dunkelfeldstudie LeSuBiA belegt: Körperliche und psychische Gewalt in (Ex-)Partnerschaften kommt 20-mal häufiger vor, als angezeigt wird (Anzeigeverhalten unter fünf Prozent). Jede fünfte Frau, die Gewalt durch ihren Partner erlebt, hat Angst um ihr Leben. Effektiver, präventiv angelegter Gewaltschutz ist eine Grundvoraussetzung für eine gleichgestellte und sichere Gesellschaft. Am 28. Februar 2025 ist ein Meilenstein des Gewaltschutzes, das GewHG in Kraft getreten. Das Bundesgesetz konkretisiert staatliche Schutzpflichten aus dem Grundgesetz und Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention. Seit über einem Jahr ist den Ländern der Umsetzungsprozess und zeitliche Ablauf bekannt: Am 1. Januar 2027 wird die Sicherstellungsverantwortung nach § 5 GewHG in Kraft treten. Das heißt konkret, dass ab dem 1. Januar 2027 Bund und Länder für die auskömmliche und abgesicherte Finanzierung der Gewaltschutzinfrastruktur verantwortlich sind. Die konkrete Ausgestaltung auf Landesebene beruht auf einer Ausgangsanalyse sowie einer bedarfsgerechten Entwicklungsplanung. Die Umsetzung des Bundesgesetzes erfolgt mit der Verabschiedung von Landesausführungsgesetzen sowie entsprechenden Verordnungen.

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie hat im Rahmen eines Berichts des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales zum Thema „Zügige Umsetzung des Gewalthilfegesetzes des Bundes in Bayern sicherstellen – Schutz und Beratung für Betroffene von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt ausbauen“ am 12. März 2026 erfahren, dass die Staatsregierung neun Monate vor dem Stichtag keinen klaren Zeitplan für die fristgerechte Umsetzung verkünden konnte – obwohl dieser wichtige Stichtag seit mehr als einem Jahr bekannt ist. Das Staatsministerium hat lediglich berichtet, dass die Ausgangsanalyse erst im Mai abgeschlossen wird, darauf folgen soll zu einem unbekannten, noch späteren Zeitpunkt ein erneuter Bericht im Ausschuss.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Das Parlament muss genügend Zeit haben, die Umsetzungspläne der Staatsregierung kritisch zu prüfen. Dieser Gesetzgebungsprozess legt den Grundstein für die effektive Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Schutz und Beratung ab 2032. Direkt betroffen ist die Trägerlandschaft, die im Ergebnis die Gewaltschutzstruktur in Bayern stemmt – und sie braucht so schnell wie möglich Klarheit über die zukünftigen Rahmenbedingungen in Bayern. Diese Rahmenbedingungen können aber erst im Rahmen der angekündigten Verordnung festgelegt werden, nachdem das Landesausführungsgesetz vom Landtag verabschiedet wurde. Wenn dieses Verfahren nicht rechtzeitig, allerspätestens bis Ende 2026 abgeschlossen wird, werden Träger im schlimmsten Fall gezwungen sein, dringend benötigtes und gut ausgebildetes Personal entlassen zu müssen und ihre Angebote für gewaltbetroffene Frauen und Kinder zu reduzieren oder komplett einzustellen. Das ist ein fatales Signal für das Gewaltschutzsystem, welches im Zuge der Umsetzung des GewHG eigentlich gestärkt und ausgebaut werden sollte. Ein priorisiertes Ziel muss sein, den Trägern und Einrichtungen so schnell wie möglich Sicherheit zur Finanzierungssituation ab 2027 zu geben.

Die Staatsregierung hat es in der Hand, dieses Worst-Case-Szenario zu verhindern. Dafür muss sie ihre internen Prozesse beschleunigen und das Landesausführungsgesetz umgehend vorlegen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hier-zu werden die Anträge wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/11164 abstimmen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktio-nen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/11095. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 16:13 bis 16:16 Uhr)

Hatten alle Abgeordneten die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben? – Das scheint der Fall zu sein. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird nun außerhalb des Plenarsaals ermittelt und in Kürze bekannt gegeben.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/11096 und 19/11097 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 26.03.2026 **Drucksache** 19/**11747**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 19/**11097**

Frauen schützen und Leben retten: das Gewalthilfegesetz in Bayern rechtzeitig umsetzen!

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass die Angabe „17. Juni“ durch die Angabe „16. Juli“ ersetzt wird.

Berichterstatterin: **Julia Post**
Mitberichterstatterin: **Martina Gießübel**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 39. Sitzung am 26. März 2026 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 06.05.2026 **Drucksache** 19/**11886**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Verena Osgyan, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/**11097**, 19/**11747**

Frauen schützen und Leben retten: das Gewalthilfegesetz in Bayern rechtzeitig umsetzen!

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Entwurf des Landesausführungsgesetzes zur Umsetzung des Gesetzes zur Sicherung des Zugangs zu Schutz und Beratung bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt (Gewalthilfegesetz – GewHG) unverzüglich, spätestens jedoch bis zum 16. Juli 2026 dem Landtag vorzulegen. Ziel soll es sein, den Gesetzgebungsprozess zu beschleunigen, um dringend erforderliche rechtliche Grundlagen für den Erhalt sowie Ausbau des Gewaltschutzsystems in Bayern zu schaffen.

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung
über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 – Wahl eines Vizepräsidenten bzw. Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags – hat die AfD-Fraktion eine Begründung der Wahlvorschläge sowie eine gemeinsame Aussprache beantragt. Hierüber soll auf Antrag der AfD-Fraktion gemäß § 42 Absatz 2 Satz 2 unserer Geschäftsordnung in der Vollversammlung eine Entscheidung herbeigeführt werden. Ich lasse daher über diesen Antrag abstimmen.

Wer dem Antrag der AfD-Fraktion auf Begründung und gemeinsame Aussprache zu den Wahlvorschlägen eines Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Hinblick auf die Tagesordnungspunkte 3 und 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und der SPD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist das abgelehnt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 13. April 2026 (Vf. 9-VII-26) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
der 3. Änderung des Bebauungsplans „Aschau – Nord, Teilfläche III“ mit integriertem Grünordnungsplan der Gemeinde Aschau i.Chiemgau
(in der Fassung des Beschlusses vom 22. Juli 2025) vom 28. Juli 2025

   PII-3001-2-49
   Drs. 19/11814 (E)

   Votum des federführenden Ausschusses für
   Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

   Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 14. April 2026
(Vf. 10-VII-26) betreffend
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
1. des § 7 Abs. 4 Satz 1 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Juristen (JAPO) vom 13. Oktober 2003 (GVBl. S. 758, BayRS 2038-3-3-11-J), die zuletzt durch Verordnung vom 3. Mai 2024 (GVBl. S.89) geändert worden ist,
2. „[a]nlasslose[r] Metalldetektorkontrollen von Teilnehmern der Juristischen Staatsprüfungen“

PII-3001-2-50
Drs. 19/11817 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Der Antrag ist zulässig, teilweise unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Guttenberger, Thomas Huber, Michael Hofmann u.a. CSU
Mehr Demokratie im Landeselternbeirat
Drs. 19/9245, 19/11255 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Holger Grießhammer u.a. SPD
Ehrenamt stärken – Zugang zur Bayerischen Ehrenamtskarte erleichtern
Drs. 19/9822, 19/11739 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Familien in schwierigen Lebenslagen nicht alleine lassen – Unterstützung bei frühem Kindstod
Drs. 19/9834, 19/11742 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Nicole Bäumler, Holger Grießhammer u.a. SPD
Verdoppelung der Förderzeiträume für Angebote zur Unterstützung von Ehrenamtlichen
Drs. 19/9835, 19/11743 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sicherheitsstandards bei Beauftragung von externen Sicherheitsdiensten in Flüchtlingsunterkünften klar regeln
Drs. 19/9886, 19/11729 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib, Holger Grießhammer u.a. und Fraktion (SPD)
Fragwürdige Wahlwerbung des Ministerpräsidenten?
Aufklärung über angebliche Vorteile von CSU-Kandidaten bei staatlicher Förderung und Unterstützung
Drs. 19/9925, 19/11730 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Rechtssichere Stärkung der kommunalen Befugnisse zur zeitlich und räumlich begrenzten Ordnung öffentlicher Räume bei wiederkehrenden Störungen
Drs. 19/9971, 19/11741 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehrwert bayerischer Tierhaltung sichtbar machen – Made in Bayern
Drs. 19/9990, 19/11732 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Maximilian Böltl, Daniel Artmann, Konrad Baur u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Evaluation und Ausbau von „Digital Streetwork Bayern“ (DSW-Bayern)
Drs. 19/9995, 19/11744 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	ENTH	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Blockade der Teilnahme an Integrationskursen aufheben
Drs. 19/10007, 19/11748 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Martina Gießübel u.a. CSU
Starre Mindestbesichtigungsquote abschaffen – risikobasiert und ressourcenschonend agieren!
Drs. 19/10024, 19/11745 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	A	A

14. Antrag der Abgeordneten Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Einführung einer digitalen Schülerakte in Bayern
Drs. 19/10026, 19/11792 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

15. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger, Markus Walbrunn, Ramona Storm und Fraktion (AfD)
Einführung eines „Bayerischen Traditionstages“ an allen staatlichen Schulen in Bayern
Drs. 19/10039, 19/11793 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

16. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Verbesserung der Chancen der bayerischen Schweinhalter – Regionale Landwirtschaft stärken, Existenz sichern, Versorgung gewährleisten
Drs. 19/10359, 19/11733 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

17. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier u.a. und Fraktion (AfD)
Bayern raus aus allen Klima-Initiativen!
Drs. 19/10628, 19/11721 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Holger Grießhammer, Doris Rauscher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Bedeutung der Kindertagespflege für die Betreuung anerkennen – Rahmenbedingungen, Arbeitsbedingungen und Betreuungsqualität verbessern
Drs. 19/10641, 19/11746 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

19. Antrag der Abgeordneten Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier u.a. und Fraktion (AfD)
Möglichkeiten zum Bürokratieabbau im Bereich Kritischer Infrastrukturen (KRITIS)
Drs. 19/10643, 19/11740 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

20. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Sachverständigenanhörung zur Zukunft der Schweinehaltung in Bayern
Drs. 19/10673, 19/11734 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Sabine Gross, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Aufklärung des Vorfalls am Flughafen München
Drs. 19/10742, 19/11758 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Staatliche Neutralität an Schulen wahren – Keine religiös motivierten Einschränkungen des Schulalltags während des Ramadans!
Drs. 19/10743, 19/11794 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

23. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Herdenschutz strukturell stärken
Drs. 19/10789, 19/11720 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Arif Taşdelen, Horst Arnold, Holger Grießhammer u.a. SPD
Integration hilft Bayerns Wirtschaft – Sprach- und Integrationskurse erhalten
Drs. 19/10794, 19/11749 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte und Fraktion (AfD)
Bericht über Maßstäbe und Leitlinien staatlicher Kulturförderung
Drs. 19/10997, 19/11807 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Inklusion und gleichberechtigte Teilhabe bei Gedenkakten sicherstellen
Drs. 19/10998, 19/11795 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

27. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Wahlfreiheit sichern und gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft schützen – Bayern muss sich im Bund und in Europa für klare Regeln bei neuen Gentechniken einsetzen
Drs. 19/11030, 19/11719 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Wo bleibt der Verbraucherschutz? Beschränkung des unkontrollierten Imports von Eiern aus der Ukraine
Drs. 19/11031, 19/11718 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

29. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Sachverständigenanhörung zum Thema „Welche Folgen hätte ein EU-Beitritt der Ukraine für die bayerische Landwirtschaft?“
Drs. 19/11037, 19/11735 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

30. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Arbeitnehmer entlasten – Steuerfreie Tankgutscheine an aktuelle Mobilitätskosten anpassen!
Drs. 19/11096, 19/11759 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

31. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Frauen schützen und Leben retten: das Gewalthilfegesetz in Bayern rechtzeitig umsetzen!
Drs. 19/11097, 19/11747 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

32. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Bayerns landwirtschaftliche Betriebe in Krisen- und Katastrophenfällen stärken
Drs. 19/11100, 19/11736 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

33. Antrag der Abgeordneten Katja Weitzel, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Zustand der Studierendenwohnheime in Bayern
Drs. 19/11102, 19/11808 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	Z

34. Antrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Ferdinand Mang, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Berichtsantrag: Zustand der Wohnheime der bayerischen Studentenwerke landesweit untersuchen
Drs. 19/11157, 19/11809 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

35. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Ute Eiling-Hütig, Wolfgang Fackler, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Ausweitung der „Alltagskompetenzen – Schule fürs Leben“ um ein siebtes Handlungsfeld zu den Themen Krisenresilienz, Gefahrenabwehr und Selbstschutz
Drs. 19/11160, 19/11796 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	ENTH

36. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Dr. Petra Loibl, Petra Högl u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zwischen- und Schlussbericht zum Forschungsprojekt „Markierter Impfstoff Geflügelpest“
Drs. 19/11167, 19/11717 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

37. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU
Hohe Dünger- und Kraftstoffpreise: Landwirtschaft entlasten und Versorgungssicherheit sichern
Drs. 19/11169, 19/11737 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	ENTH	Z

38. Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
PFAS-Belastung im Umfeld bayerischer Windparks systematisch erfassen
Drs. 19/11182, 19/11716 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

39. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weitsicht und Vorsorge für die Gesundheit der Menschen in der Flughafenregion: UFP-Messnetz ausweiten!
Drs. 19/11184, 19/11715 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

40. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Jetzt entschlossen handeln:
Rindertuberkulose in Bayern konsequent eindämmen!
Drs. 19/11185, 19/11308

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

41. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für den Schutz unserer Kinder: Ja zur Zuckersteuer
Drs. 19/11216, 19/11714 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

42. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Umfassender Bericht zum Studentischen Wohnen in Bayern
Drs. 19/11219, 19/11810 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

43. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Transparenz schaffen beim baulichen Zustand der bayerischen Studierendenwohnheime
Drs. 19/11220, 19/11811 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	Z